

Die Kurzversion des ödp-Bundesprogramms

Eine ausführliche Version des Bundespolitischen Programms können Sie sich auf den Internet-Seiten der ödp unter www.oedp.de ansehen, herunterladen und ausdrucken.

1. Leben schützen



2. Wählen
statt kaufen



3. Sonne statt Atom



4. Mobilfunk



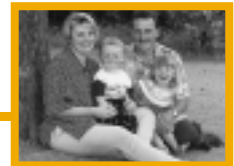
5. Steuerreform
für Arbeit
und Umwelt



6. Globalisierung



7. Familie



8. Landwirtschaft
und Verbraucher-
schutz



Gefragt nach den *zentralen Aussagen der ödp* könnte man antworten:

1. „Uns können Sie wählen,
die anderen Parteien können Sie kaufen!“

- Die ödp ist die einzige Partei, die keine Spenden von Firmen oder Verbänden annimmt. Dies steht in der Satzung.
- Politische Mandatsträger dürfen nicht in Aufsichtsräten sitzen.

2. „Alle politischen Entscheidungen, die heute
getroffen werden, müssen auch in zwanzig
Jahren noch genau so verantwortbar sein.“

- Wir streben die Gleichgewichtswirtschaft und mehr Lebensqualität an.
- Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sind ohne Konsumverzicht nicht zu haben.

Blick in die Zukunft!



Politik, die aufgeht. ödp.

Verlorene Stimme?

Wenn alle die Partei wählen würden, von deren Programm sie überzeugt sind, hätte die ödp wahrscheinlich mehr als 5 % der Stimmen bei den letzten Wahlen erhalten.

Aber die Wählerinnen und Wähler entscheiden auch taktisch: „Wenn ich die ödp wähle, und die ödp kommt nicht in den Bundestag, dann ist meine Stimme verloren.“

Nein, keine Stimme für die ödp ist verloren – auch wenn die ödp nicht in den Bundestag kommt. Sie ist eine Stimme für die Ökologie und für die Demokratie!

Jede Stimme für die Bundestagsparteien, seien sie gelb, schwarz, rot oder grün, ist eine Stimme für den Erhalt der Verhältnisse und gegen eine Änderung in der Politik.

Woher soll auch die Änderung kommen?

Wenn die gleichen Parteien mit den gleichen Politikern und den gleichen Programmen gewählt werden, werden sie auch die gleiche Politik machen und nichts wird sich ändern.

Wer Ökologie und Demokratie will, muss ödp wählen.

Wer jetzt noch Grün wählt, belohnt die Grünen für ihre konzernfreundliche, umweltkosmetische und machtkorrupte Politik.

Daher ist jede Stimme für die Bundestagsparteien eine verlorene Stimme.

Oder

Wählen Sie doch, wen Sie wollen!

Edhard Schreiber oder Germund Stöder

unsere kantigen und profilierten Kanzler-Kandidaten

oder gar Westerwelles Guido, den Spaßvogel, Steuerensenker und Staatsverschulder!

Die Politik der Kanzlerkandidaten ist kaum noch zu unterscheiden. Vielleicht weicht die Program-

matik im Wahlkampf noch etwas voneinander ab.

In der Regierung wird der Machttrieb zu einer Politik führen, die sich in nahezu nichts mehr von der der anderen Farben abhebt.

Nähere Informationen über die ödp
finden Sie im Internet unter

www.oedp.de

1. Leben schützen

Der Schutz des menschlichen Lebens muss ein zentrales Anliegen der Politik sein. Leben beginnt mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle. Gentechnische Versuche mit Embryonen und PID (Präimplantationsdiagnostik = genetische Selektion von menschlichen Embryonen) würdigen menschliches Leben zu einem Wirtschaftsgut herab.

Alles, was Grüne zu PID oder zum Embryonenschutz von sich geben, ist unglaublich: mit ihrer Forderung nach vollständiger Abschaffung des §218 verwehren die Grünen dem ungeborenen Leben jeglichen Rechtsschutz! Nicht einmal die Schwangerenkonfliktberatung wollen sie verpflichtend erhalten.

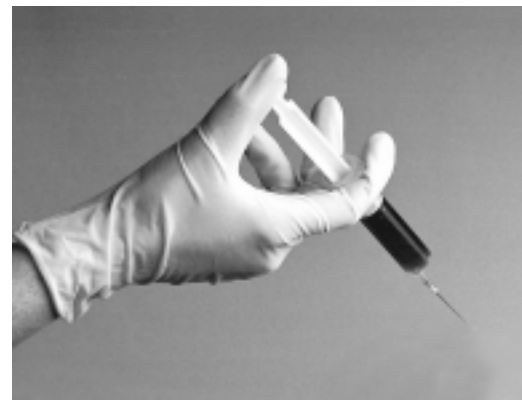
Die anderen Parteien sind einerseits dem konservativen Wählerklientel verbunden, erhoffen sich aber andererseits Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und internationales Ansehen durch die

neuen Möglichkeiten der Gentechnik. Daher sind sie unfähig, eine klare Entscheidung zu treffen.

Die ödp setzt sich dafür ein,

- das Leben des Menschen von Beginn an zu schützen.
- nur an Stammzellen zu forschen, für die keine Embryonen getötet werden müssen.
- genetische Daten streng zu schützen.
- jedem Menschen zu ermöglichen, in Würde zu sterben.

Die ödp ist gegen PID, gegen reproduktives und therapeutisches Klonen, gegen den Stammzellenimport und gegen aktive Sterbehilfe.



2. Wählen statt Kaufen



Alle Politiker versprechen bei ihrer Amtseinführung, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Aber die Parteien sind von Spenden aus der Wirtschaft und von Interessenverbänden abhängig. Das zerstört die Demokratie.

Politiker lassen sich in Aufsichtsräte und Vorstände wählen. Dort kassieren sie reichlich und

müssen sich von Gesetzes wegen für die Interessen ihrer Geldgeber einsetzen. Firmeninteressen und Gemeinwohl decken sich selten.

So sind Parteien und Politiker nicht unabhängig – auch nicht die Grünen. Die Skandale sind bekannt. (Schlagworte: Flick, Strauß, Streibl und seine Amigos. Kirch hat von der Bayerischen Landesbank und seinem CSU-dominierten Aufsichtsrat Milliardenkredite erhalten. Dafür hat er dann Millionen an Helmut Kohl und seine CDU gespendet – ein gutes Geschäft für alle Beteiligten, für das jetzt wohl der Steuerzahler gerade stehen muss.)

Die ödp will deshalb

- ein Spendenverbot von Firmen oder Verbänden an alle Parteien.
- die Unvereinbarkeit von politischem Amt und bezahlten Aufsichtsratsposten in Privatfirmen.



ödp.

Außerdem muss wesentlich härter gegen Korruption vorgegangen werden: Korruption muss als Straftatbestand geahndet werden, nicht als Ordnungswidrigkeit.

Einzig die ödp nimmt nach ihrer Satzung keine Spenden von Firmen oder Verbänden an. Außerdem dürfen ödp-Mandatsträger keinem Aufsichtsrat einer privaten Firma angehören.

3. Sonne statt Atom



Die Energievorräte der Erde gehen zur Neige. Deshalb muss unsere Energieversorgung in spätestens 30 Jahren im Wesentlichen auf erneuerbare Energien umgestellt sein.

Die rot-grüne Regierung hat mit dem „Erneuerbare Energiegesetz“ (EEG) einen Schritt in die richtige Richtung getan. Das genügt jedoch bei weitem nicht, um dieses Ziel zu erreichen.

Atomkraft stellt keine Alternative dar, weil

- der Uranabbau unter menschenverachtenden und naturzerstörenden Bedingungen stattfindet.
- Atomkraftwerke ein Risiko für Mensch und Natur in weitem Umkreis und für Jahrtausende bedeuten (Schlagworte: Terroristen, menschliches oder technisches Versagen, Erdbeben).
- bis heute kein Entsorgungskonzept, weder für die abgebrannten Atombrennstäbe noch für die Atomruinen, vorliegt. Brennstäbe müssen für Jahrtausende bewacht werden. Plutonium 242 hat z.B. eine Halbwertszeit von 370.000 Jahren – und es braucht mehrere Halbwertszeiten bis zum Abklingen der Schädlichkeit.
- Atomanlagen völlig unterversichert sind. (Atomkraftwerke werden von keiner Gesellschaft versichert).

- Atomstrom ohne staatliche Subventionen und Schutz völlig unrentabel ist (z.B. überhöhte steuerfreie Rückstellungen, Kosten für staatliche Forschung, Genehmigungs- und Überwachungstätigkeiten).

Der Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung ist ein Witz:

Wenn ein Alkoholiker zu seinem Arzt sagt, dass er in zwanzig Jahren mit dem Trinken aufhört, wird er nicht als geheilt angesehen.

- Die grüne Atompolitik beschert uns noch einmal soviele Atommüll wie bisher.
- Durch jede kWh von Windkraftwerken verlängert sich die Betriebszeit der Atomkraftwerke, weil im Ausstiegsvertrag keine Laufzeiten, sondern die Abnahme von Strommengen garantiert sind.
- Der Atomkonsens ist für die Atomindustrie so gut, dass sie ihn sogar gegen die CDU/CSU und FDP verteidigt, weil er die Garantie des Betriebs und aller Subventionen bedeutet.

Die ödp will

- durch die konsequente Einführung der Steuer für Arbeit und Umwelt erneuerbare Energien konkurrenzfähig machen.
- Marktwirtschaft auch auf dem Strommarkt. D. h.: volle Haftpflicht für Atomkraftwerke, die Rückstellungen beschränken, sowie Uran und Plutonium wie jeden anderen Energieträger besteuern.

Bei gleichen Bedingungen sind Atomkraftwerke unrentabel.

Nähere Informationen über die ödp finden Sie im Internet unter

www.oedp.de

4. Mobilfunk

Viele wissenschaftliche Arbeiten weisen nach, dass die Strahlen des Mobilfunks schwere Gesundheitsschäden verursachen. Sogar die Erbanlagen können verändert werden. In anderen Ländern sind die Grenzwerte wesentlich niedriger – und trotzdem funktioniert's. In Teilen Australiens beträgt die Strahlung sogar nur rund ein Millionstel des deutschen Wertes für das E-Netz! Mit so niedriger Belastung könnte man auch bei uns mobil telefonieren, ohne dass Gesundheitsschäden zu befürchten wären.

Schröder und Trittin haben im Herbst 2001 die alten, viel zu hohen Grenzwerte bestätigt, um den Wünschen der Mobilfunkbetreiber nachzukommen.

Die großen Parteien verharmlosen und verschleiern die Gefahren der Mobilfunkstrahlung. Die bayerische CSU hat sogar zugelassen, dass eine Studie über dieses Thema verfälscht wurde.

Die ödp fordert:

- Verbot der gepulsten Strahlung (Zeitschlitzverfahren). Diese Strahlung ist technisch nicht nötig und besonders gefährlich.
- Senkung des Grenzwerts für Mobilfunk und schnurlose Heimtelefone von 950.000 nW/cm² (E-Netz) und von 450.000 nW/cm² (D-Netz) auf 10nW/cm² bzw. auf 1nW/cm² in besonders sensiblen Bereichen (Wohngebieten, Kindergärten, Schulen).



5. Steuerreform für Arbeit und Umwelt – Öko-Steuer



Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung hängen eng miteinander zusammen. Durch die fortschreitende Automatisierung können mehr Waren mit immer weniger menschlicher Arbeit produziert werden. Die dafür nötige Energie ist billig, beliebig einsetzbar, muss nicht sozialversichert werden und ist nicht gewerkschaftlich organisiert. Ihre Umwandlung belastet aber die Umwelt.

Damit menschliche Arbeit gegenüber der Automatisierung wieder konkurrenzfähig und die Umwelt entlastet wird, sollen die Steuern auf Energie erhöht und die Abgaben auf Arbeit verringert werden. Bisher wurden nahezu 70% aller Steuern auf Arbeit erhoben.



ödp.

Die Öko-Steuer steht interessanterweise bei allen Parteien so oder ähnlich im Grundsatzprogramm. Auch Frau Merkel und Herr Stoiber sollten ihr eigenes Programm lesen!!!

Die Öko-Steuer der rot-grünen Bundesregierung ist jedoch völlig unzureichend.

- Steuer- und Entlastungskomponenten wirken wegen viel zu kleiner Schritte kaum.
- Steuer wird auf Endenergieträger erhoben (z. B. auf Benzin statt auf Erdöl und auf Strom statt Uran).
- Öko-Steuer belastet deshalb kurioserweise auch die regenerativen Energien aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse und fördert die lebensfeindlichen Energien.
- Kerosin für den Flugverkehr ist steuerfrei!!!
- Ausgerechnet die energieintensivsten Indus-

triezweige sind von der Öko-Steuer weitgehend ausgenommen.

Die Öko-Steuer belastet die Privathaushalte, weil sie nichts von ihren Öko-Abgaben zurück erhalten.

Die ödp will die aufkommensneutrale Reform für Arbeit und Umwelt durch:

- Senkung der Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung für Betriebe.
- Senkung der Mehrwertsteuer zur Entlastung der Privathaushalte.
- Primärenergiesteuer auf alle nicht erneuerbaren Energieträger, die jedes Jahr um 0,25 Cent pro kWh steigt.
- Die Abgaben dürfen nicht auf Energie beschränkt sein. Sie müssen auf Boden-, Luft- und Wasserverbrauch ausgeweitet werden.

6. Globalisierung



Die Behauptung, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht bewahrt. Während eine kleine Gruppe von Globalisierungsgewinnern immer reicher und mächtiger wird, wachsen weltweit soziale

Unsicherheit, Ausgrenzung und Armut. Durch die Handelsabkommen werden demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Regierungen wird das Recht verweigert, soziale und ökologische Standards im eigenen Land einzuführen. Die Kluft zwischen und innerhalb von Industrieländern und Entwicklungsländern vergrößert sich daher immer mehr. Die Lösung brennender ökologischer Probleme wird verschleppt. Im Interesse von Unternehmen und Kapitalbesitzern wird der Ab-

bau der sozialen Sicherungssysteme betrieben.

Kohl hat der Globalisierung Tür und Tor geöffnet. Die rot-grüne Bundesregierung führt diesen Kurs fort.

Deshalb fordern wir:

- Schaffung sozialer und ökologischer Mindeststandards als Grundlage für alle Globalisierungsverträge.
- Keine Hermesbürgschaften für unsoziale und umweltschädliche Projekte.
- Die demokratische Umgestaltung internationaler Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank oder Welthandelsorganisation (WTO).
- Schuldenerlass für die Entwicklungsländer.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z. B. Tobin Tax).
- EU-weite einheitliche Quellensteuer auf Kapitaleinkünfte.
- Strengere Banken- und Börsenaufsicht, auch für die sog. institutionellen Anleger.

Nähere Informationen über die ödp finden Sie im Internet unter

www.oedp.de

7. Familie

Früher war Kindererziehung die Alterssicherung der Eltern. Bei unserem System ist die Rente aber nicht mehr an Kindererziehung, sondern an Erwerbsarbeit gekoppelt. Wenn Eltern heute Erziehungszeiten in Anspruch nehmen, werden sie materiell bestraft:

- Sie müssen auf Einkommen verzichten.
- Was verdient wird, muss auf mehrere Köpfe verteilt werden.
- Durch weniger Erwerbsarbeit haben Väter und Mütter, die Kinder erziehen, geringere Rentenansprüche.

So müssen immer mehr Erziehende voll berufstätig sein, um in unserer Wohlstandsgesellschaft mithalten zu können.

Wen wundert es,

- dass Familien zunehmend verarmen und sozialhilfebedürftig werden (80% der Sozialhilfeempfänger sind Eltern – häufig Alleinerziehende – und Kinder)?
- dass Eltern immer weniger Zeit für Kinder haben?
- dass immer mehr Kinder und Jugendliche verwahten?
- dass Väter kein Interesse am Erziehungs-„urlaub“ (allein das Wort spricht Bände!) haben und Mütter eine möglichst kurze Baby-„pause“ anstreben?
- dass die Abtreibungszahlen so hoch sind?

Die rot-grüne Bundesregierung hat das Kindergeld auf Druck des Bundesverfassungsgerichts wesentlich stärker erhöht als die CDU/CSU-Regierung in 16 Jahren zuvor. Hinter der Politik der etablierten Parteien steckt aber die Vorstellung, dass nur derjenige ein vollwertiger Mensch ist, der am außerhäuslichen Erwerbsleben teilnimmt.



Die ödp will

- die Umstellung der bisherigen Objekt- auf eine Subjektförderung: d. h. nicht der Kindergarten, sondern das Kind wird finanziell gefördert. So können die Eltern frei entscheiden,
 - ob sie ihr Kind selbst erziehen,
 - es von einer anderen Person zeitweise gegen Geld betreuen lassen oder
 - in einer Einrichtung gegen Gebühren professionell unterbringen, um selbst einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.
- dass Väter und Mütter das Familien- und Erwerbsleben ohne Nachteile kombinieren können,
- ein Erziehungsgehalt, das sich am Zeitaufwand für Kinder und am Durchschnittslohn für Arbeitnehmer orientiert,
- auf dieses Erziehungsgehalt Steuern und Sozialabgaben erheben aus Gründen der Steuergerechtigkeit und zur sozialen Absicherung.



ödp.

8. Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Die Landwirtschaft, ursprünglich Inbegriff einer ökologischen Kreislaufwirtschaft zum Nutzen des Menschen, gerät durch die gegenwärtige Agrarpolitik immer stärker unter Druck:

- Massenproduktion, Industrialisierung und der Einsatz von Chemikalien sowie gentechnisch veränderter Nutzpflanzen und -tiere haben die Landwirtschaft in Misskredit gebracht.
- Die Nebenwirkungen der industriellen Landwirtschaft bedrohen Wasser (durch Schadstoffeintrag), Luft (Methan als Klimakiller) und Boden (Verdichtung durch schwere Maschinen, Schadstoffeintrag).
- Das Höfesterben verändert massiv die Kulturlandschaft.
- Verbraucherinnen und Verbraucher fürchten angesichts der Agrarpolitik um Gesundheit und Wohlbefinden.

Unter der rot-grünen Regierung hält das Höfesterben an wie schon zu Kohl's Zeiten.

Die Landwirtschaft ist weiterhin von Unmengen an fossiler Energie, Chemie und Einfuhren aus Entwicklungsländern abhängig. Die Grünen begnü-

gen sich mit der „wissenschaftlichen Begleitung“ bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, was deren Nutzung und Verbreitung natürlich überhaupt nicht verhindert.

Während Jäger und Sammler pro eingesetzter Kalorie 50 Kalorien ernteten, muss die konventionelle Landwirtschaft 50 Kalorien einsetzen, um eine zu erzeugen. Daran wird deutlich, wie heute die Umwelt geplündert wird.

Die ödp fordert

- eine naturverträgliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung,
- eine naturnahe Forstwirtschaft,
- keine Freisetzung gentechnisch veränderter Lebewesen,
- Regionalisierung der Märkte,
- Förderung von nachwachsenden Energieträgern und Rohstoffen,
- dem ökologischen Landbau zu helfen durch Senkung der Arbeitskosten und steigende Preise für fossile Energieträger (Steuerreform für Arbeit und Umwelt),
- Entwicklung von Dienstleistungsangeboten rund um den Bauernhof (Selbstvermarktung, Urlaubs- und Erholungsangebote, Pflege),
- den „Landwirtschaftsvertrag auf Gegenseitigkeit“: Die Gesellschaft verpflichtet sich zur Zahlung einer existenzsichernden Bewirtschaftungsprämie. Der Landwirt sichert umweltgerechtes Wirtschaften zu, sowie den Schutz der Kulturlandschaft.

Bildnachweis: APH Bilder (alter „Junge mit Fernrohr“ und Uwe Dolata); BilderBox.com



„Wenn Ihnen dieses Programm zusagt,

- wählen Sie die ödp,
- werden Sie Mitglied in der ödp und
- empfehlen Sie uns weiter!“

Uwe Dolata,
ödp-Bundesvorsitzender

Blick in die Zukunft!



Für weitere Informationen zur ödp
wenden Sie sich bitte an die
ödp Bundesgeschäftsstelle
Bohnesmühlgasse 5
97070 Würzburg
Fon (09 31) 404 86-0
Fax (09 31) 404 86-29
geschaeftsstelle@oedp.de
www.oedp.de

ödp.

Ökologisch-Demokratische Partei